

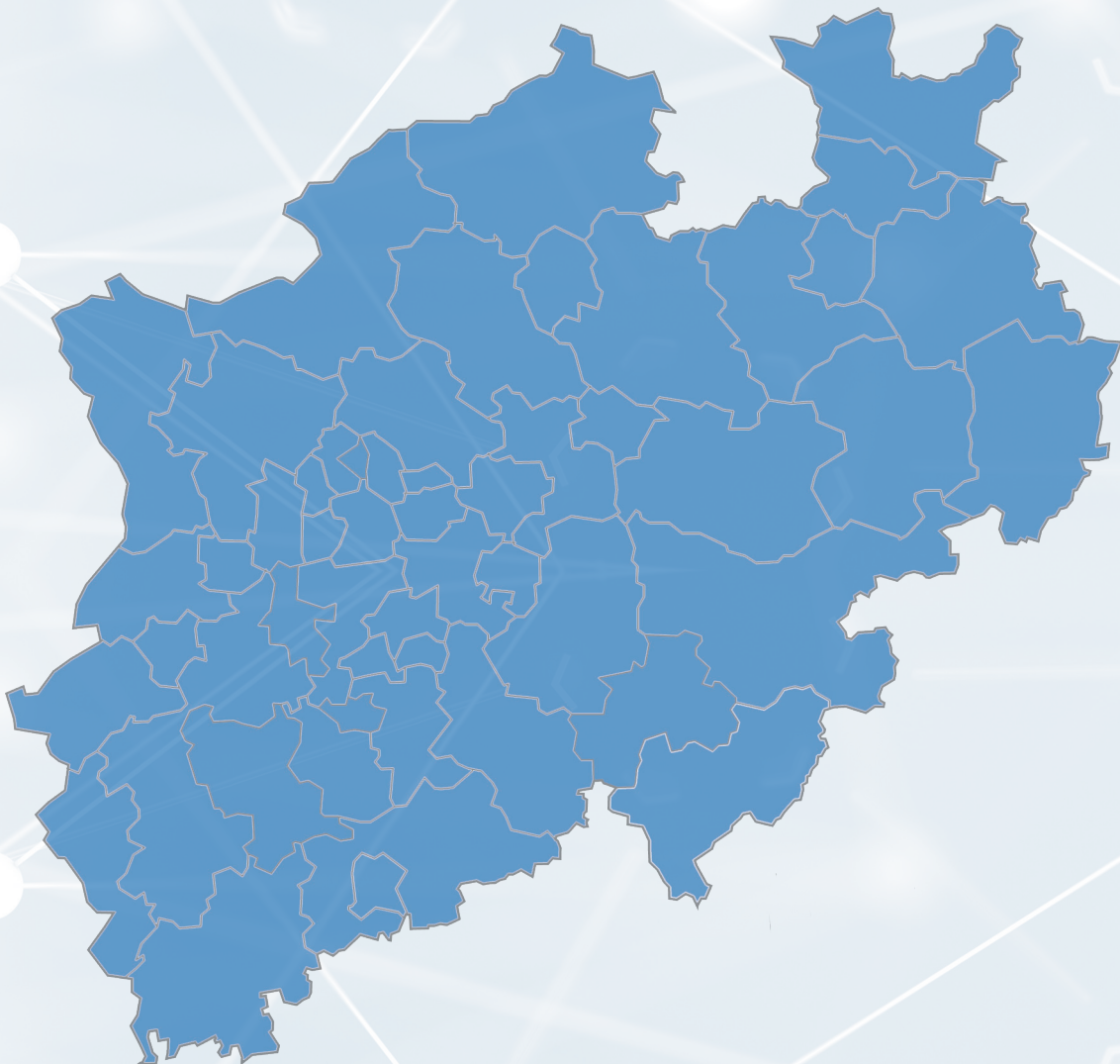
STARKE WIRTSCHAFT. STARKE HEIMAT.

Wirtschaftspolitisches Papier

zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen
am 13. September 2020

unternehmer nrw

Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.



VORWORT ZUR CORONA-KRISE



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Präsident von unternehmer nrw, Arndt G. Kirchhoff, hat das nachfolgende wirtschaftspolitische Papier zur Kommunalwahl 2020 am 26.02.2020 im Rahmen seines traditionellen Aschermittwoch-Pressgesprächs der Öffentlichkeit vorgestellt.

Mit dieser frühzeitigen Positionierung im Wahljahr haben wir einen ersten Aufschlag für den anstehenden Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen gemacht. Aus unserem Selbstverständnis als Partner der Kommunalpolitik ist es unser Anliegen, den wirtschaftspolitischen Diskurs auch in die Städte und Gemeinden im Land zu tragen.

Bei der Erstellung des wirtschaftspolitischen Papiers zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen war die Welt noch eine andere. Die Corona-Pandemie mit ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen waren zum damaligen Zeitpunkt nicht absehbar.

Wir müssen erleben, wie ein Virus die ganze Welt lahmlegt. Im Zuge dessen ist auch unsere Wirtschaft in eine tiefe Rezession gestürzt. Die tiefen Spuren, die der Lockdown bei Beschäftigung, Investitionen und Wohlstand hinterlässt, sind weithin wahrnehmbar. Der aktuelle existenzbedrohende Ausnahmezustand trifft viele Unternehmen, Beschäftigte, aber auch Kommunen im Land in nie erlebter Härte.

Auch nach den ersten Lockerungen gilt es, das Risiko weiterhin nicht zu unterschätzen und Ansteckungen zu vermeiden. Die Gesundheit der Menschen steht über allem. Gleichzeitig ist es wichtig, dass wir möglichst rasch zu wirtschaftlicher Normalität zurückkehren. Wirtschaft und Gesellschaft erwarten jetzt eine Politik, die für „Aufbruch“ steht und die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen angeht.

Das vorliegende wirtschaftspolitische Papier zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen stellt verschiedene politikfeldübergreifende Ansatzpunkte aus den unterschiedlichsten Themenfeldern zur Diskussion. Mit seiner Grundbotschaft „Wir brauchen ein neues Grundempfinden für die Bedeutung von Wirtschaft“ ist das Papier aktueller denn je.

Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir die Weichen für einen wirtschaftlichen Aufbruch stellen? Die nächsten Wochen und Monate werden entscheidend sein, ob unsere Wirtschaft mit einem blauen Auge aus der Krise herauskommt oder dauerhaft schwere Schäden davonträgt.

Um so wichtiger ist es, dass sich gerade auf kommunaler Ebene ein noch stärkeres Bewusstsein für die Anliegen der Wirtschaft entwickelt. Denn Wirtschaft ist zu einem großen Teil auch regionale Standortpolitik. Und deshalb steht vor allem die Kommunalpolitik mit in der Verantwortung, die regionale wirtschaftliche Entwicklung wieder voranzutreiben. Der Erfolg dieses Aufholprozesses ist von fundamentaler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unsere Unternehmen und Arbeitsplätze im Land.

Inhalt

Starke Wirtschaft. Starke Heimat.	2
1. Kommunaler Wirtschaftspolitik mehr Gewicht geben	5
2. Verwaltung wirtschaftsfreundlich ausrichten	7
3. Investitionen stärken und Steuerhebesätze senken	9
4. Investitionsfreundliche Flächenpolitik betreiben	10
5. Attraktiven Rahmen für Wohnen- und Arbeiten schaffen	13
6. Beste Bildung zum Aushängeschild machen	17
7. Digitalisierung strategisch vorantreiben	19
8. Verkehr und Infrastruktur offensiv gestalten	21
9. Kultur- und Freizeitangebote standortfördernd ausbauen	25
10. Umwelt und Wirtschaft in Einklang bringen	26

Starke Wirtschaft. Starke Heimat.

Wirtschaftspolitisches Papier zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am 13. September 2020

Nordrhein-Westfalen hat sich in den vergangenen zweieinhalb Jahren auf den Weg gemacht, im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte wieder weiter nach vorn zu kommen. Die Bedeutung von Wirtschaft und Industrie für den Wohlstand unseres Landes ist erkannt, die wirtschaftspolitische Grundstimmung zuletzt spürbar besser geworden. Der Aufholprozess des Landes kann aber nur gelingen, wenn in allen Regionen des Landes eine echte Willkommenskultur für Investitionen, Innovationen, Arbeitsplätze und Fachkräfte besteht.

Nordrhein-Westfalens große strategische Stärke ist seine enorme regionale Vielfalt der Wirtschaftsstrukturen zwischen Rhein und Weser, die sich aus seinen geschlossenen Wertschöpfungsketten speist. Damit hat unser Land in Deutschland ein Alleinstellungsmerkmal. Dies zu erhalten, zu pflegen und auszubauen ist ganz besonders auch eine regionale Aufgabe. Ländliche Industrieregionen wie Süd- und Ostwestfalen oder städtische Dienstleistungs- und Industrieregionen wie im Ruhrgebiet haben in Nordrhein-Westfalen ebenso Platz wie ländliche Dienstleistungsregionen in Teilen des Münsterlandes und Ostwestfalens oder städtische Industrieregionen wie in Teilen der Rheinschiene oder im Bergischen Land.

Diese Potenziale und Chancen gilt es, noch besser zu nutzen. Und das geht nur mit den Unternehmen. Nordrhein-Westfalen als Ganzes und die Regionen im Besonderen werden nur mit einer wachsenden, investierenden und prosperierenden Wirtschaft weiter nach vorn kommen. Damit dies gelingen kann, müssen Rat- und Kreishäuser eindeutige und verlässliche Signale senden, die Unternehmen willkommen heißen und ihnen Wertschätzung entgegenbringen. In allen Regionen des Landes – ob in den Metropolen oder im ländlichen Raum – bedarf es eines politischen Klimas, in dem unternehmerisches Engagement ausdrücklich erwünscht und unternehmerische Leistung mit einer positiven Grundeinstellung begleitet wird. Wenn

Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage Unternehmer als Partner und Verbündete und nicht als Gegner sehen, ist dies die beste Voraussetzung für Investitionen und Arbeitsplätze. Außerdem gilt es, die eigenen Stärken und Standortvorteile durch ein strategisches Kommunalmarketing noch besser zur Geltung zu bringen.

Nordrhein-Westfalen ist ein mittelständisch geprägtes Industrieland. In allen Regionen des Landes finden sich unter vielen tausend familiengeführten Unternehmen unzählige Hidden Champions, die erfolgreich auf den Weltmärkten unterwegs sind. Viele von ihnen sind lokalisiert, also an ausländischen Standorten mit eigenen Produktionsstätten tätig. So wichtig dieses Engagement aus Kostengründen oder aus der Motivation der Marktnähe auch ist, wollen unsere Unternehmen auch in Zukunft noch gute Investitionsbedingungen an ihren Heimatstandorten vorfinden, weil sie tief verwurzelt sind im Rheinland, in Ost- und Südwestfalen, im Münsterland, im Ruhrgebiet und im Bergischen Land. Und: Unternehmer denken in Generationen, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit liegen in ihrer DNA. Und: In vielen alteingesessenen Unternehmen arbeiten auch ganze Familien von Beschäftigten seit Generationen. Das verbindet, das schweißt zusammen, das gibt Kraft – auch und gerade in Zeiten der Veränderungen und des Wandels.

Für die Kommunalpolitik sind dies beste Voraussetzungen dafür, die regionale Wirtschaftsentwicklung voranzutreiben. Die Gemeinden und Kreise sind die Heimat von Unternehmen, umso ausschlaggebender ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik vor Ort: Dort entscheidet sich, ob Investitionen und Innovationen hier in Nordrhein-Westfalen stattfinden oder ob alternative Standorte im In- und Ausland eher in Betracht gezogen werden. Wirtschaftspolitik wird nicht nur in Brüssel, Berlin und Düsseldorf gemacht, vielmehr wirkt sie zunächst unmittelbar durch regionale Entscheidungen vor Ort.

Wie hoch Grund- und Gewerbesteuern sind, wie wirtschaftsorientiert die Kommunalverwaltung arbeitet, wie investitionsfreundlich Flächenpolitik ausfällt, wie attraktiv Wohn- und Arbeitsbedingungen für die Bürger gestaltet werden, wie gut ausgestattet die örtlichen Bildungseinrichtungen sind, welchen Stellenwert die Digitalisierung hat, wie die lokale Anbindung an die internationalen Verkehrs-Traversen vorangetrieben wird, ob Kultur- und Freizeitangebote anziehend auf junge Menschen und neue Fachkräfte wirken und ob regionale Wirtschafts- und Umweltpolitik zukunftsorientiert aufeinander abgestimmt ist – all dies entscheidet sich in den Rat- und Kreishäusern.

Daher ist Kommunalpolitik auch zuvorderst verantwortlich dafür, ob in Stadt und Land Nordrhein-Westfalens für ein positives Grundempfinden für die Bedeutung von Wirtschaft und Industrie gesorgt ist. Sie kann, ja sie muss dazu beitragen,

dass die Menschen in der Region unternehmerisches Engagement wertschätzen und unternehmerische Leistungsbereitschaft von breiten Teilen der Gesellschaft getragen wird. Dieses Bewusstsein muss von Politik und Verwaltung verinnerlicht werden.

Verantwortungsvolle Kommunalpolitik muss auch über den eigenen Tellerrand hinaus blicken. Wirtschaftlich erfolgreiche Regionen in Nordrhein-Westfalen zeichnen sich dadurch aus, dass sie interkommunale Kooperationen pflegen. Das geht nur mit Gemeinschaftsgeist und mit einer Abkehr vom Kirchturmdenken. Gemeinden und Kreise, die Einzelmaßnahmen mit ihren Nachbarn abstimmen, ehrgeizige Ziele mit gemeinsamen Strategien realisieren und so Unternehmen und potenziellen Investoren beweisen, in großen Linien denken und handeln zu können, werden im Wettbewerb um Investitionen oft die Nase vorn haben.

Vor diesem Hintergrund ist die Kommunalwahl 2020 in Nordrhein-Westfalen für den Erfolg des Aufholprozesses des ganzen Landes von fundamentaler Bedeutung. Denn die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen müssen vor allem in den Städten und Gemeinden angegangen, gemanagt und umgesetzt werden: Ob etwa die Mobilitäts- und Energiewende in dem avisierten ambitionierten Zeitraum tatsächlich gelingen kann, darüber entscheidet letztendlich die Bewältigung der oft widerstreitenden Interessenlagen vor Ort.

Groß ist unsere Wertschätzung für die vielen, zumeist ehrenamtlich tätigen, Menschen in der Kommunalpolitik. Sie sind wichtige Stützen unseres Gemeinwesens und unserer Demokratie. Achtung und Respekt gegenüber ihrem Engagement drohen aber mancherorts zunehmend verloren zu gehen. Hiergegen wollen wir als Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ein klares Zeichen setzen. Die Menschen, die in Kommunalpolitik und in Verwaltung Verantwortung tragen, haben hohe gesellschaftliche Anerkennung verdient.

Das vorliegende wirtschaftspolitische Papier zur Kommunalwahl 2020 soll die politikfeldübergreifenden Anforderungen des Themas Wirtschaft in der Kommunalpolitik zusammenfassen. Es zeigt die vielfältigen Handlungsmöglichkeiten und Potenziale zur Stärkung der regionalen wirtschaftlichen Basis auf. Es ist zugleich eine Sammlung von ganz konkreten Erwartungen, die Unternehmen an eine wirtschaftsfreundliche Kommunalpolitik stellen.

1. Kommunalen Wirtschaftspolitik mehr Gewicht geben

Wirtschaftspolitik als zentrales kommunales Handlungsfeld erkennen

Wir brauchen ein neues Grundempfinden für die Bedeutung einer starken regionalen Wirtschaft für Lebensqualität und Wohlergehen in unseren Städten und Gemeinden. Oft werden dort die vielfältigen wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten in den Kommunen noch nicht ausreichend erkannt und erst recht nicht effektiv und strategisch genug genutzt. Sowohl in den politischen Gremien als auch in den Verwaltungen muss daher das Themenfeld Wirtschaft auch strukturell stärker als ein zentrales Themen- und Handlungsfeld in den Fokus gerückt werden. Überall in Nordrhein-Westfalen sollten die neu gewählten Kommunalparlamente hierfür eine klare Zuständigkeit für das Themenfeld Wirtschaft in ihren Ausschussstrukturen abbilden. Jede Verwaltung sollte zukünftig in ihrem Verwaltungsvorstand eine Position mit einer klar sichtbaren Verantwortlichkeit für wirtschaftliche Themenstellungen ausstatten.

Wirtschaftskompetenz in den Rathäusern politikfeldübergreifend stärken

Nahezu alle politischen Entscheidungen haben direkt oder indirekt Auswirkungen auf die Wirtschaft. Daher ist es jenseits aller notwendigen konkreten Zuständigkeiten unverzichtbar, Wirtschaftspolitik als Querschnittsaufgabe über alle Politikbereiche und Verwaltungsstrukturen hinweg zu verstehen. Dabei ist es wichtig, dass in den Rathäusern ein Gespür für die Themen, Bedarfe und Probleme der Unternehmen vor Ort entwickelt ist. Je mehr Kenntnisse über Zusammenhänge und Bedürfnisse der Wirtschaft vor Ort vorhanden sind, desto eher kann richtig entschieden und zielgerichtet gehandelt werden. Wir regen daher an, in allen Kommunen institutionalisierte Dialogformate zwischen Politik, Verwaltung und den Unternehmen einzurichten. Auch in den Fortbildungsangeboten für die Angestellten der Verwaltungen sollten wirtschaftliche Themenstellungen einen festen Platz haben. Außerdem können gerade regelmäßige Unternehmensbesuche wesentlich dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis für Anliegen und Bedürfnisse von Unternehmen einerseits und für Abwägungs- und Entscheidungsprozesse in Verwaltung und Politik andererseits zu verbessern. Die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände im Land werden solche Prozesse gern aktiv unterstützen.

Wirtschaftliche Diskussions- und Strategieprozesse anstoßen

Zusätzlich zu einem grundsätzlichen und übergreifenden wirtschaftspolitischen Verständnis in Wirtschaft und Politik bedarf es auch einer regelmäßigen konkreten Analyse und Auswertung der wirtschaftsrelevanten Kennzahlen und Rahmenbedingungen in einer Kommune. Wir fordern daher, dass Verwaltungen regelmäßig Berichte zur wirtschaftlichen Entwicklung vorlegen. Diese sollten Indikatoren etwa

zu Einwohnerentwicklung, Arbeitsmarktsituation, Kaufkraft, gemeindlicher Steuerkraft, Wohnungsbau, Gewerbeansiedlungen, Industrie- und Gewerbeflächen, Verkehrsinfrastruktur sowie Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze auswerten und diese mit Benchmarks benachbarter Kommunen vergleichen. Solche Berichte können eine qualifizierte Grundlage für intensive und zielführende Diskussionsprozesse in den Kommunalparlamenten sein. In einem weiteren Schritt bedarf es – ganz im Sinne einer vorausschauenden und nachhaltigen Planung – überzeugender politikfeldübergreifender und strategischer Konzepte, um Investitionen in wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu stärken. Die Erarbeitung wirtschaftspolitischer Leitlinien oder die Initiierung von Masterplan-Prozessen können hier wichtige Impulse und wertvolle Orientierung für zukünftiges Handeln geben. Hierfür gibt es bereits einige sehr vielversprechende Beispiele in den Regionen.

Kommunale Wirtschaftsförderung ausrichten und stärken

Kommunale Wirtschaftsförderung leistet einen zentralen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft in Städten und Gemeinden. Serviceorientiert und zielgerichtet muss sie als Ansprechpartner den Unternehmen vor Ort zur Verfügung stehen. Kommunale Wirtschaftsförderung trägt ebenfalls dazu bei, die regionale Wertschöpfungsstruktur zu verbessern und so neue Arbeitsplätze anzusiedeln. Wir werben dringend für flächendeckend hohe Qualitäts- und Leistungsstandards in diesem Bereich. Deshalb müssen Politik und Verwaltung den Stellenwert der Wirtschaftsförderung noch stärker hervorheben, sie noch besser in die Prozesse einbinden und für eine gute finanzielle und personelle Ausstattung sorgen. Außerdem müssen spezifische Profile und Strategien entwickelt werden, die zu den Standortbedingungen der Kommunen passen. Langfristig ist Wirtschaftsförderung für eine Region besonders dann erfolgreich, wenn ihr Engagement auch über die Kreis- und Stadtgrenzen hinausgeht. Dringend erforderlich ist es daher, den Kooperationsgedanken noch stärker in den Fokus rücken. Wenn Nachbarkommunen früh und intensiv bei Planungen und Projekten eingebunden sind, liegen die Vorteile auf der Hand: Kann die eigene Kommune einem interessierten Unternehmen keine bedarfsgerechten Ansiedlungsflächen anbieten, muss es ihr Ziel sein, dass die Vermittlung in eine Nachbarkommune gelingt. In einem anderen Fall kann der Weg dann umso leichter umgekehrt sein. So gewinnt die ganze Region.

Interkommunale Zusammenarbeit fördern und ausbauen

Mehr und engere Kooperationen sind in nahezu allen Bereichen erforderlich. Denn Nordrhein-Westfalen braucht starke Regionen, in denen mit neuem Gemeinschaftsgeist und verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit altes Kirchturmdenken abgelöst wird. Kooperationen tragen dazu bei, dass sich Städte und Gemeinden nicht in unnötigem Klein-Klein verstricken, sondern in großen Linien pla-

nen und handeln. Regionale Strukturprojekte, gemeinsame Investitionen und Verwaltungsstrukturen sowie ein übergreifender Informations- und Erfahrungsaustausch sind wichtige Ansatzpunkte, um kommunale Synergieeffekte zu nutzen und gemeinsam Projekte zu stemmen, die für eine einzelne Kommune allein nicht realisierbar wären. Auch können Verwaltungsstrukturen mit Hilfe der Digitalisierung etwa dadurch effizienter ausgestaltet werden, indem Backoffice-Tätigkeiten von verschiedenen Kommunen digital vernetzt und zentral bearbeitet werden. Interkommunale Zusammenarbeit bietet an vielen Stellen die Perspektive, Personal noch deutlich effizienter einzusetzen, Kosten zu reduzieren und Verfahren zu beschleunigen.

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen beschränken

Kommunen übernehmen traditionell die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge für ihre Bevölkerung. Darüber hinaus betätigen sich jedoch viele Kommunen auch unternehmerisch, indem sie Dienstleistungen anbieten, obwohl diese auch privatwirtschaftlich am Markt existieren. Für Handwerker oder mittelständische Unternehmen kann dies zur Folge haben, dass ihre Geschäftsmodelle durch Wettbewerbsverzerrungen bedroht sind und sie aus dem Markt verdrängt werden. Deshalb sind kommunalwirtschaftliche Betätigungen auf ein Maß zurückzuführen, das privatwirtschaftlichen Unternehmen keine zusätzliche Konkurrenz schafft. Ziel muss eine angemessene und sinnvolle Balance zwischen der öffentlichen und privaten Erfüllung von Aufgaben sind. Dafür bedarf es einer grundsätzlichen kommunalen Zurückhaltung bei wirtschaftlichen Betätigungen und eine ständige Überprüfung von Privatisierungspotenzialen.

2. Verwaltung wirtschaftsfreundlich ausrichten

Serviceorientierung in den Verwaltungen weiter stärken

Je mehr sich Verwaltung als Partner und serviceorientierte Dienstleister für die Unternehmen versteht und je eher sie ein besseres Gefühl für die Bedürfnisse und Herausforderungen der Unternehmen bekommt, desto größer ist das Vertrauen der Unternehmen in die Handlungsfähigkeit der politischen Verantwortlichen. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nimmt sehr wohl wahr, dass sich hier in der Vergangenheit mancherorts schon vieles in die richtige Richtung bewegt hat. Diesen Weg gilt es in ganzer Breite fortzusetzen. Der direkte und vertrauensvolle Umgang zwischen der Verwaltung und der ansässigen Wirtschaft hilft, Herausforderungen schnell, unbürokratisch und lösungsorientiert zu bewältigen. Dazu gehört auch eine professionelle Organisation der Verwaltung. Sie benötigen zentrale An-

sprechpartner mit „Lotsenfunktion“ für die Unternehmen, die ihnen bei Verwaltungsakten Auskünfte geben können und sie im Prozess unterstützen. Daran anschließend sollten die Kommunen Beschwerdemanagementsysteme und Zufriedenheitsbefragungen etablieren, wo Unternehmen Hinweise, Probleme und Kritik einreichen können.

Bürokratische Belastungen nachhaltig senken

Für die Unternehmen ist es wichtig, dass sämtliche Entscheidungen und Maßnahmen der Verwaltung zeitnah, kostensparend und nach einheitlichen Standards erfolgen, um bestmögliche Planungssicherheit für wirtschaftliches Handeln zu gewährleisten. Daher braucht unser Land Persönlichkeiten in der Führungsebene von Verwaltungen, die Verwaltungsabläufe ständig auf Effektivität überprüfen und organisatorische Abläufe stetig weiterentwickeln. Hierfür eröffnet die Digitalisierung erhebliche Potenziale. Bis zum Jahr 2025 sollte jede Kommune so weit digitalisiert sein, dass Verwaltungsprozesse größtenteils digital ablaufen und Anträge, Formulare und andere Unterlagen elektronisch eingereicht, bearbeitet und ausgestellt werden können. Die aktive Begleitung und Unterstützung von Unternehmen bei Verwaltungs- und Genehmigungsprozessen ist dabei ebenso wichtig wie ein kooperativer Umgang mit rechtlich zulässigen Ermessensspielräumen zugunsten der ansässigen Unternehmen. Wir sind uns dabei bewusst, dass ein Großteil der bürokratischen Lasten nicht von den Kommunen selbst, sondern auf Landes-, Bundes- und Europaebene verursacht wird. Der anstehende Kommunalwahlkampf sollte darum für die politischen Entscheidungsträger aller Ebenen noch einmal besonderer Anlass sein, die bürokratischen Auswirkungen ihres Handelns vor Ort noch genauer in den Blick zu nehmen.

Genehmigungsverfahren beschleunigen und vereinfachen

Die Planbarkeit und Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren sind in den vergangenen Jahren immer mehr zu einem zentralen Kriterium für Standort- und Investitionsentscheidungen der Unternehmen geworden. Gleichzeitig sind sie auch ein zentrales Hindernis für dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen. Gerade in Nordrhein-Westfalen wurden von der Landesebene vor dem Jahr 2017 eine Vielzahl von Regelungen getroffen, die eine weitere standortschädliche Verlängerungen von Verfahren zur Folge hatten. Langwierige Genehmigungsverfahren erleben wir insbesondere bei Zulassung, Neuerrichtung oder wesentlichen Änderungen von Industrieanlagen. Eine teilweise unüberschaubare Vielzahl von regionalen und örtlichen Standards führt zu erheblichen Unsicherheiten bei Vorhabenträgern, Planern und Behörden. Deren Auswirkungen treffen in besonderem Maße kleine und mittelständische Betriebe und gefährden dort Arbeitsplätze. Umso mehr begrüßen wir deshalb ausdrücklich die Entfesselungsinitiative der aktuellen Landesregierung und ihre Bemühungen zur Beschleunigung von Verwaltungsverfahren.

Dieser Weg muss jedoch (auch auf kommunaler Ebene) noch entschlossener fortgesetzt werden. Gleichzeitig müssen Land und Kommunen ihre Verantwortung wahrnehmen und dafür sorgen, dass Genehmigungsverfahren nicht durch unzureichende Personalausstattung verzögert werden. Veraltete Verfahrensabläufe sollten hinterfragt und auf Vereinfachungs- bzw. Digitalisierungsmöglichkeiten hin überprüft werden. Es muss ausgeschlossen werden, dass Wirtschaftsprojekte in Nordrhein-Westfalen an zu langwierigen und komplexen Genehmigungsverfahren scheitern.

Öffentliche Auftragsvergabe entbürokratisieren

Kleine und mittlere Unternehmen aus dem Handel, dem Handwerk, dem Dienstleistungssektor oder der Industrie haben häufig begrenzte personelle Ressourcen und keine eigenen Rechtsabteilungen. Für sie bedeuten die oftmals vielfältigen und komplexen Vorgaben bei öffentlichen Auftragsvergaben einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand und zusätzliche Kosten. Nicht selten führt dies dazu, dass sich Unternehmen nicht mehr bei öffentlichen Ausschreibungen bewerben. Anstatt ständig zusätzliche Auflagen zu entwickeln, müsste insbesondere auf Bundes- und Europaebene dringend das Vergaberecht entbürokratisiert werden. Hier von würden Kommunen erheblich profitieren. Unabhängig davon fordern wir aber auch die Kommunen auf, die öffentliche Auftragsvergabe nicht mit weiteren eigenen Vorgaben noch zusätzlich zu verkomplizieren. Außerdem sprechen wir uns für eine frühzeitige Einbindung des Bauhandwerks und der Bauindustrie in Planungsprozesse aus, die rechtlich zulässig ist und von der noch zu wenig Gebrauch gemacht wird. Partnerschaftliche Vertragsmodelle können Bauen schneller und kostensicherer machen und Ressourcen in der Verwaltung einsparen.

3. Investitionen stärken und Steuerhebesätze senken

Angemessene Finanzausstattung der Kommunen sicherstellen

In kaum einem anderen Bundesland ist die Haushaltssituation der Kommunen derart angespannt wie in Nordrhein-Westfalen. Trotz der in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Steuereinnahmen ist vielerorts die Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden weiterhin durch Überschuldung akut bedroht. Dies führt zu konkreten Belastungen der Unternehmen und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts NRW. Die kommunale Finanzlage wird somit immer mehr zu einem wirtschaftspolitischen Thema, dem sich die Politik auch aus dieser Perspektive stellen muss. Die Unternehmen brauchen starke und handlungsfähige Kommunen. Wenn etwa einerseits notwendige Investitionen in den Erhalt der kommunalen Infrastruktur aufgrund fehlender Mittel verschoben oder gar unterlassen

und andererseits Steuern und Abgaben immer weiter erhöht werden, trifft dies Bürger und Unternehmen gleichermaßen. Die Sicherstellung einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land sowie die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips bleiben eine Daueraufgabe. Insbesondere fordern wir Bund und Land auf, nun zeitnah ein Konzept zur Entlastung strukturell überschuldeter Kommunen vorzulegen. Hierbei gilt es sicherzustellen, dass tatsächlich nachhaltige Handlungsfähigkeit eröffnet und Fehlanreize vermieden werden.

Nachhaltig haushalten und Prioritäten setzen

Etwaige Versäumnisse von Bund und Land dürfen nicht als Entschuldigung für mangelnde eigene Anstrengungen und erst recht nicht als Freifahrtschein zum Schuldenmachen dienen. Die Kommunen sind in allererster Linie auch selbst in der Pflicht. Ziel müssen Haushalte sein, die ohne neue Schulden auskommen. Die Kommunen müssen dabei insbesondere die Chance nutzen, ihre Finanzkraft mit einer gewerbefreundlichen Politik nachhaltig zu stärken. Denn Kommunen mit einer starken Wirtschaft stehen in der Regel auch finanziell besser da. Durch Ihre Steuern tragen Unternehmen und Beschäftigte maßgeblich dazu bei, kommunale Leistungen und Infrastruktur zu finanzieren. Klar ist aber auch, dass Kommunen gerade in Zeiten schwächer steigender Steuereinnahmen ihre Schwerpunkte zugunsten von Investitionen setzen und konsumtive Ausgaben begrenzen. Denn Investitionen in die örtliche Infrastruktur, in Kindergärten oder Schulgebäude sind die Grundlage für nachhaltige Zukunftschancen und damit für Wohlstand und Wachstum. Wichtig ist eine kommunale Investitionsstrategie, die die Stärken und Schwächen der Gemeinden berücksichtigt, um eine langfristige Erhöhung der Standortattraktivität zu erreichen.

Grund- und Gewerbesteuer wettbewerbsfähig ausgestalten

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben im Durchschnitt die mit Abstand höchsten Grund- und Gewerbesteuerhebesätze aller Flächenländer – ein massiver Nachteil im innerdeutschen Standortwettbewerb! Das Land gefährdet seine Standortattraktivität, schmälert die Chancen auf Investitionen und riskiert sogar die Abwanderung von Unternehmen. Unter dem Strich führt dies zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Wirtschaftskraft. Dieses wiederum verringert die Steuereinnahmen und gefährdet Arbeitsplätze. Um hier die dringend erforderliche Trendwende einzuleiten, braucht Nordrhein-Westfalen einen durchgreifenden „Gewerbesteuer-Senkungspakt“ des Landes mit einer Mischung aus Vorgaben und Anreizen, die flächendeckend zu einer Senkung der Gewerbesteuerhebesätze führt. Unabhängig hiervon bleiben die Kommunen auch selbst in der Verantwortung, eine Politik möglichst wettbewerbsfähiger Steuerhebesätze zu betreiben.

4. Investitionsfreundliche Flächenpolitik betreiben

Den Blick für das Thema Fläche deutlich schärfen

Damit der Aufholprozess Nordrhein-Westfalens gelingen kann, ist dringend eine aktive Standortpolitik mit Anreizen für Erweiterungen und Neuansiedlungen und damit für neue Arbeitsplätze erforderlich. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu einem sparsamen Flächenverbrauch. Sie ist jedoch darauf angewiesen, dass in allen Regionen des Landes ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen für eine zukunftsorientierte Entwicklung zur Verfügung stehen. Gerade die Herausforderungen durch die Transformation etwa in den Bereichen Digitalisierung, Klimaschutz, Energieversorgung und Mobilität werden Nordrhein-Westfalen nur mit erheblichen Investitionen in neue Produktionsprozesse erfolgreich meistern können. Hierfür reichen jedoch derzeit die zur Verfügung stehenden Flächen weder aus noch sind sie dafür geeignet. Daher muss es wieder besser gelingen, den Ausgleich zwischen einem möglichst geringen Flächenverbrauch und dem Vorhalten von notwendigen Flächen zu erzielen. Ansonsten werden Wertschöpfung und Arbeitsplätze insbesondere in der Produktion in einem erheblichen Umfang schrittweise verloren gehen. Vielerorts besteht eine latente grundlegende Ablehnungshaltung gegenüber der Ausweisung neuer Flächen für Industrie und Gewerbe und auch für Wohnen und Infrastrukturmaßnahmen. Dies gefährdet zunehmend Wohlstand und Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden. Diese Zusammenhänge gilt es gerade in der Kommunalpolitik wieder intensiver zu diskutieren.

Attraktive Einzelhandels- und Gastronomiestandorte fördern

Die Lebensqualität in einer Kommune wird auch in Zukunft in besonderer Weise von einem lebendigen Einzelhandel und attraktiven gastronomischen Angeboten in den Innenstädten abhängen. Ziel muss es daher sein, dass Innenstädte Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft eine Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs bieten und dabei gleichzeitig ein attraktiver öffentlicher Raum für Aufenthalt und Begegnung sind. Städte und Gemeinden tun daher gut daran, nicht von vornherein vor der Konkurrenz des Online-Handels oder größerer Nachbarstädte in diesem wichtigen Feld der Stadtentwicklung zu kapitulieren. Auch in Zukunft sollten auf kommunaler Ebene im Dialog mit dem örtlichen Handel und der Gastronomie immer wieder neue Strategien erarbeitet werden und die Geschäfte bei der Umsetzung neuer Konzepte bestmöglich unterstützt werden. Grundvoraussetzung dafür bleibt eine gute Erreichbarkeit – mit leistungsfähigen Verkehrswegen und einer besseren Vernetzung der Verkehrssysteme. Wir appellieren zudem an die Kommunen, die Möglichkeiten für „verkaufsoffene Sonntage“ im Ladenöffnungsgesetz NRW im Sinne des Einzelhandels bestmöglich zu nutzen.

Vorausschauende Industrie- und Gewerbeflächenentwicklung betreiben

Wir begrüßen es sehr, dass die aktuelle Landesregierung den Landesentwicklungsplan (LEP) an zentralen Stellen deutlich wirtschafts- und investitionsfreundlicher gestaltet und unverhältnismäßige Hürden für Flächenausweisungen beseitigt hat. Damit haben sich die Voraussetzungen für bedarfsgerechte Flächenausweisungen auf regionaler und kommunaler Ebene spürbar verbessert. Diese Freiräume müssen die Regionalräte und Kommunen jetzt nutzen und bei Regional- und Flächennutzungsplänen noch mehr auf die Anforderungen der Wirtschaft eingehen. Jede Kommune sollte in der kommenden Wahlperiode eine langfristige und bedarfsgerechte Flächenstrategie entwickeln und auf dieser Basis dann bedarfsorientiert und vorausschauend ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen ausweisen. Und ebenso muss sichergestellt sein, dass auch zukünftig Flächen für wohnortnahe Ansiedlungen von Einzelhandel mit zentrenrelevanten Sortimenten zur Verfügung stehen und planerisch gesichert werden. Darüber hinaus gilt es, die Potenziale von teilweise sehr gut erschlossenen, aber brachliegenden Flächen (z.B. altindustrielle Areale) noch stärker in den Blick zu nehmen und dort konkrete Planungen und Maßnahmen voranzutreiben. Damit können für Handel, Gastgewerbe, Handwerk oder Industrie neue Entwicklungsperspektiven geschaffen und so gleichzeitig der Verbrauch naturnaher oder landwirtschaftlicher Flächen gesenkt werden. Durch das Upcycling von Brachen, die nicht wirtschaftlich nutzbar sind, können hingegen revitalisierte Orte etwa für Sport und Erholung geschaffen werden.

Umgebungsschutz für Unternehmen sicherstellen

Damit Unternehmen an ihrem Standort wettbewerbs- und leistungsfähig bleiben können, ist es wichtig, dass ein ausreichender Umgebungsschutz sichergestellt ist. Diesem Aspekt muss eine nachhaltige Entwicklungsplanung der Kommunen zukünftig noch stärker Rechnung tragen. Flächen, die für mögliche Unternehmenserweiterungen in Frage kommen, dürfen nicht im Voraus von den Kommunen verplant werden. Außerdem müssen die Kommunen bei ihrer Flächenpolitik berücksichtigen, dass Wohnbebauungen nicht zu nah an angrenzende emittierende Gewerbe- und Industrieunternehmen rücken. Hiervon profitieren alle Beteiligten. So werden schon im Vorhinein mögliche Konflikte aufgrund von Geruchs-, Lärm- oder Staubbeschwerden vermieden.

Innovative Startup-Zentren vor Ort aufbauen

Wir brauchen eine noch gründerfreundlichere Grundstimmung in den Kommunen. Die Kommunen sollten mit gerade auch auf diese Zielgruppe zugeschnittenen günstigen Flächen- und Raumangeboten dafür sorgen, dass Gründer gute Bedingungen vorfinden, um in kreativer Atmosphäre zu arbeiten. Ein perfekter Ort für Ansiedlungen insbesondere für Startups und junge, innovative Unternehmen sind

Gründerzentren. Deren Aufbau ist eine langfristige Zukunftsinvestition, die innovative Unternehmen anziehen und die regionale Wirtschaftsstruktur stärken kann.

Heimischen Rohstoffabbau stärken

Rohstoffe sind eine unverzichtbare Grundlage für die Produktionsprozesse unserer nordrhein-westfälischen Industrieunternehmen. Der Abbau an heimischen Rohstofflagerstätten (Quarz, Sand, Kies, Kalk, etc.) etwa am Niederrhein oder im Teutoburger Wald darf daher nicht durch überbordende umwelt- und naturschutzrechtliche Vorschriften weiter beschränkt oder gar entzogen werden. Eine behutsame Rohstoffgewinnung und eine sorgsame Rekultivierung sind ein wahrer Hotspot für die Artenvielfalt. Dafür sprechen die zahlreichen Kooperationen zwischen Rohstoffunternehmen und dem ehrenamtlichen Naturschutz. Der heimische Rohstoffabbau benötigt dennoch mehr gesellschaftliche Akzeptanz, seine hohen Standards müssen stärker hervorgehoben werden. Andernfalls droht eine noch größere Abhängigkeit von Rohstoffimporten - mit allen ökologischen Konsequenzen

Deponiekapazitäten ausbauen

Deponien sind ein wichtiger Bestandteil unserer Entsorgungsinfrastruktur zur Ablagerung von nicht mehr verwertbaren Stoffen. Trotz hoher Verwertungsquoten, einem gut ausgebauten Markt für Sekundärrohstoffe und einer optimierten Kreislaufführung stößt die Deponierung vieler Orts an ihre Grenzen, da Kapazitäten erschöpft sind. Deshalb fordern wir eine ausreichende Bereitstellung von Deponiekapazitäten sowie die Errichtung neuer Deponien. Dafür braucht es in der Öffentlichkeit und in der Kommunalpolitik mehr Akzeptanz für Deponieraum sowie mehr Bewusstsein dafür, dass Deponien heute schon strengen Restriktionen unterliegen.

5. Attraktiven Rahmen für Wohnen und Arbeiten schaffen

Wohnen und Arbeiten stärker zusammendenken

Ausreichend attraktiver und bezahlbarer Wohnraum ist mittlerweile ein zentraler Parameter für die Fachkräftegewinnung und damit auch für unternehmerische Investitionsentscheidungen. In manchen nordrhein-westfälischen Städten erleben wir erhebliche Engpässe auf dem Wohnungsmarkt. Die Folge sind hohe Mieten und Immobilienpreise oder lange Pendelstrecken vom Wohnort zum Arbeitsplatz. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, müssen kontinuierlich Wohnungen neu gebaut werden. Mit Mietpreisbremsen oder überbordenden staatlichen Vorgaben werden wir dieses Ziel jedenfalls nicht erreichen. Vielmehr müssen die Kommunen

ausreichend Flächen ausweisen, auf denen neuer Wohnraum entstehen kann. Anders als in vielen Ballungsräumen ist der Wohnungsmarkt im ländlichen Raum in der Regel noch intakt und Mieten und Grundstückspreise günstiger. Gepaart mit einem attraktiven Industrie- und Gewerbeflächenangebot liegen hier für ländliche Wirtschaftsregionen noch erhebliche Potenziale bei der Ansiedlung von Unternehmen.

Wohnortnahe und bedarfsorientierte Kinderbetreuung sicherstellen

Eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist zentral für gute Bildungschancen der Kinder und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ihrer Eltern. Kinderbetreuung ist somit ein Zukunftsthema für jede Kommune, um ein attraktiver Standort für junge Familien zu bleiben. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Kommunen müssen überdies dafür sorgen, dass es ausreichend leistungsfähige und wohnortnahe Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im gesamten Gemeindegebiet gibt. Denn Kinder mit bildungsfernem Hintergrund und aus Familien mit Migrationshintergrund profitieren in besonderem Maße in ihrer Entwicklung von frühkindlicher Förderung durch pädagogisch geschultes Personal. All dies kann nur gelingen, wenn die Kommunen bedarfsgerecht in den Ausbau der bestehenden und in die Eröffnung neuer hochwertiger Kinderbetreuung investieren.

Bedarfsgerechte Betreuungszeiten einführen

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört auch, dass kommunale Betreuungsangebote besser mit der Lebenswirklichkeit der Eltern und die Betreuungszeiten mit ihren Arbeits- und Wegezeiten harmonisieren. Mit der aktuellen Novellierung des KiBiZ wurden verbesserte Rahmenbedingungen gesetzt (z.B. Flexibilisierung von Betreuungszeiten), die die Kommunen nun konsequent umsetzen müssen. Wo der gesetzliche Rahmen trotz erster Verbesserungen noch nicht ausreicht (z.B. Schließtage, unterjährige Aufnahme), sollten Kommunen verstärkt auch eigene, über diesen Rahmen hinausgehende Akzente setzen, um dem Bedarf der Eltern noch besser zu entsprechen. Dies gilt auch für eine Unterstützung von Betriebskindergärten, die bisher – obwohl sie vielfach eine Lücke im öffentlichen Angebot schließen – keine öffentliche Förderung erhalten, wenn sie nicht mit einem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe kooperieren.

Mit präventiven Ansätzen Weichen frühzeitig richtig stellen

Viel zu vielen jungen Menschen gelingt die Integration in einen erfolgreichen Bildungs- und Berufsweg entweder nicht oder aber auf zu vielen Umwegen. Dies ist häufig mit enormen Folgekosten – auch für die Kommunen – verbunden. Wichtig sind daher möglichst frühzeitige, präventive Ansätze. Dazu gehört, dass die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket im Sinne der Förderung der Kinder

auch abgerufen werden. Die Kommunen müssen deshalb gezielte Informationsarbeit betreiben, bei der Beantragung unterstützen und bei den Zielgruppen für die Leistungen werben. Wichtig ist auch eine intensive Elternarbeit in enger Kooperation mit Kitas und Schulen, die Eltern berät und ihnen bei Bedarf Unterstützungsangebote aufzeigt.

Übergang Schule/Beruf erfolgreich gestalten

Brüche am Übergang Schule/Beruf gilt es, weitestgehend zu vermeiden. Dafür erforderlich ist eine enge Kooperation der verschiedenen Akteure (z.B. Schule, Berufsberatung, Grundsicherung, Jugendhilfe) auch über Zuständigkeitsbereiche hinweg und mit klaren Ansprechpartnern für die jungen Menschen. Ein Beispiel dafür sind Jugendberufsagenturen, die es in einigen Kommunen bereits gibt. Besonders wichtig sind zudem stark aufgestellte, gut vernetzte Kommunale Koordinierungen (KoKo) zur erfolgreichen Umsetzung der Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“ vor Ort.

Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig senken

Als Trägern der Grundsicherung kommt den Kommunen eine besondere Verantwortung für die Senkung der nach wie vor zu hohen Langzeitarbeitslosigkeit zu. Dabei gilt es, das Prinzip des Förderns und Forderns auf Basis eines systematischen Profilings und mit individuellen Ziel- und Fördervereinbarungen konsequent umzusetzen. Erforderlich dafür ist eine ausreichende personelle Ausstattung der Jobcenter und eine enge Kontaktdichte mit den Langzeitarbeitslosen. Da oftmals Hemmnisse unterschiedlicher Art vorliegen (z.B. geringe Qualifikation, fehlende Kinderbetreuung, Gesundheitsprobleme, Schulden), müssen die Jobcenter mit anderen Behörden und Akteuren eng zusammenarbeiten. Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nur Ultima Ratio im Sinne eines temporären Türöffners für besonders marktferne Langzeitarbeitslose sein. Bei der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes muss die Integration in den ersten Arbeitsmarkt klares Ziel sein und Verdrängungseffekte und Wettbewerbsverzerrungen klar vermieden werden. Eine enge Zusammenarbeit der Jobcenter mit den Sozialpartnern vor Ort ist dafür ganz wesentlich.

Systematisches Integrationsmanagement etablieren

Nordrhein-Westfalen kann auf eine lange Zuwanderungs- und Integrationsgeschichte zurückschauen. Diese Erfahrung und Integrationskraft gilt es als besondere Stärke des Landes zu nutzen. Ob eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund gelingt, entscheidet sich dabei maßgeblich vor Ort. Hier wird konkret beraten, Unterstützung organisiert oder in Förderangebote vermittelt. Für eine erfolgreiche individuelle Integration ist eine sinnvolle Ver-

zahnung aller Angebot in den Kommunen und ein systematisches Integrationsmanagement erforderlich. Dazu gehören auch verbindliche Verantwortungsketten und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure.

Fachkräfteeinwanderung durch Willkommenskultur unterstützen

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz sind die Möglichkeiten zur Fachkräftegewinnung aus dem Ausland deutlich verbessert worden. Für eine erfolgreiche Umsetzung kommt es auch darauf an, in den kommunalen Behörden eine Willkommenskultur zu etablieren. Eine gezielte unbürokratische Unterstützung beim Ankommen und Einleben von Fachkräften und ihrer Familien in der Kommune ist ein Erfolgsfaktor, um die dringend benötigten Fachkräfte nicht nur zu gewinnen, sondern auch zu halten.

Hochwertige und flächendeckende medizinische Versorgung sichern

Lücken im Bereich einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen Gesundheitsversorgung können zukünftig zu einem zentralen Hindernis der Fachkräftegewinnung in den ländlichen Wirtschaftsregionen werden. Der Sicherstellung einer flächendeckend zeitnahen und kompetenten Notfallversorgung ist hierbei von höchster Bedeutung. Wichtig ist insbesondere auch, dass die regionalen Krankenhäuser noch qualitätsorientierter werden. Nicht jeder Leistungsbereich muss aber in jedem Krankenhaus vorgehalten werden. Es ist überdies eine Gemeinschaftsaufgabe aller politischen Ebenen, dem drohenden Landarztmangel wirksam entgegenzuwirken und somit zu einer guten Gesundheitsinfrastruktur beizutragen. Auch bei Gesundheitsthemen kann die Digitalisierung neue Chancen eröffnen und dazu beitragen, dass gerade Patienten in ländlichen Regionen noch besser betreut werden können. Deshalb braucht es verstärkte Anstrengungen in den Bereichen E-Health & telemedizinische Angebote, die ländliche Regionen zu einer digitalen Heimat machen.

Alterspflege & Betreuung wohnortnah ermöglichen

Der demografische Wandel führt zu einer Alterung der Gesellschaft und zu einer Zunahme an pflegebedürftigen Menschen. Die Kommunen müssen auf diese Entwicklung reagieren und Strategien der Gesundheitsförderung und bedarfsgerechte Versorgungskonzepte erstellen. Es muss sichergestellt sein, dass Pflegeheime gut erreichbar sind und ebenso der Bedarf an nicht-stationären Einrichtungen gedeckt ist. Den Beschäftigten mit pflegebedürftigen Familienmitgliedern ermöglicht dies, in dem Maße berufstätig zu sein, wie sie es sich wünschen.

Sicherheit in den Kommunen garantieren

Das Sicherheitsgefühl der Menschen hat erhebliche Auswirkungen auf die Lebensqualität vor Ort und ist auch ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen. So investiert ein Unternehmer in aller Regel nur dort, wo er der Überzeugung ist, die

Früchte seiner Investition auch in einem sicheren, stabilen und verlässlichen Umfeld ernten zu können. Einer starken und personell gut ausgestatteten Polizei vor Ort kommt daher auch aus wirtschaftlicher Sicht eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Gleiches gilt auch für einen leistungsfähigen und schnell einsatzfähigen Feuer- und Katastrophenschutz. Wo Verwaltung und Politik in diesen Themenfeldern Entscheidungsbefugnisse oder Einflussmöglichkeiten haben, sollten daher auch die Anliegen und Bedürfnisse der Unternehmen gezielt in den Blick genommen werden.

6. Beste Bildung zum Aushängeschild machen

Hochwertiges, differenziertes Schulangebot sicherstellen

Ein hochwertiges Schulangebot, das junge Menschen bestmöglich auf ihren weiteren Lebensweg vorbereitet, hat ebenso Einfluss auf die Wohnortentscheidung junger Familien wie auf die Frage, ob die Betriebe vor Ort gut qualifizierten Nachwuchs zum Beispiel für ihre Ausbildungsplätze finden. Ein solches Angebot ist gleichzeitig die beste präventive Sozialpolitik. Die Kommunen als Schulträger sind hier an vielerlei Stellen gefordert. Schulen müssen attraktive, moderne Orte sein, die zeigen, wie wichtig unserer Gesellschaft gute Bildung ist. Schule muss die verschiedenen Talente und Begabungen junger Menschen entfalten. Dafür bedarf es eines vielfältigen, differenzierten, durchlässigen Schulangebots. Gerade im städtischen Raum sind die Möglichkeiten für strukturelle Vielfalt und inhaltliche Profilgebung gut. In ländlichen Regionen ist dafür eine enge Kooperation und Abstimmung zwischen Schulen und auch über kommunale Grenzen hinweg von besonderer Bedeutung. Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, weil sie etwa an sozialen Brennpunkten arbeiten, müssen besondere Unterstützung erfahren, z.B. durch einen schulscharfen Sozialindex. Zu einem hochwertigen Schulangebot in den Kommunen gehört schließlich auch, dass Schule mit externen Partnern kooperiert, wodurch eine ganzheitliche Förderung der Schüler sichergestellt werden kann.

Flächendeckendes Ganztagsangebot garantieren

Die Kommunen müssen sicherstellen, dass das Ganztagsangebot an den Schulen weiter ausgebaut wird, insbesondere an jenen Schulformen, die noch immer hinterherhinken (z.B. Gymnasium und Realschule). Es muss garantiert sein, dass eine hochwertige Betreuung auch außerhalb der Schulzeiten stattfindet. Für Eltern bringt dies Erleichterungen, Beruf und Familie besser in Einklang zu bringen, während ihren Kindern ein intensiveres Lernen und gezieltere Unterstützung ermöglicht werden.

Baulichen Zustand der Schulen verbessern

Viele Schulgebäude und Klassenzimmer sind in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Dies zu ändern ist nicht nur wichtig im Sinne einer schönen, sondern auch einer bedarfsgerechten Lernumgebung z.B. mit Raumkonzepten für das Arbeiten in Kleingruppen. Die Kommunen müssen deshalb den Investitionsstau an den Schulen schnellstmöglich beheben, indem sie die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen oder entsprechende Bundes- und Landesmittel abrufen. Die Modernisierung sollte auch dazu genutzt werden, gezielt Profile an Schulen zu stärken (z.B. MINT durch moderne Technikräume und -ausstattung).

Digitalisierung konsequent umsetzen

Schule muss junge Menschen auf die Anforderungen in der digitalen Welt vorbereiten. Eine dafür wesentliche Grundvoraussetzung ist eine moderne Ausstattung, für die die Kommunen zügig Konzepte entwickeln und entsprechende Mittel von Landes- und Bundesebene abrufen müssen. Ausstattung beginnt mit einem leistungsfähigen Internetanschluss für jede Schule, der von den Kommunen sichergestellt werden muss. Gewährleistet werden muss auch, dass ein verlässlicher IT-Support für Betrieb und Wartung der digitalen Infrastruktur zur Verfügung steht. Die Kommunen müssen sich dafür mit dem Land auf ein Konzept verständigen, das Schulen hier Sicherheit bietet, eine möglichst reibungslose Nutzung der Infrastruktur ermöglicht und Lehrkräfte nicht mit unnötigen unterrichtsfremden Aufgaben belastet.

Berufsschulen in den Blick nehmen

Berufsbildende Schulen sind wichtige Partner der Wirtschaft, insbesondere als schulischer Lernort in der dualen Ausbildung. Eine moderne Ausstattung der Berufsschulen ist für den Erfolg und die Attraktivität der Ausbildung und damit die Nachwuchssicherung der Betriebe wichtig. Berufsschulen müssen daher in angemessenem Umfang an den Mitteln aus Landes- und Bundesprogrammen zur Modernisierung und Digitalisierung von Schulen teilhaben. Für die Sicherstellung eines hochwertigen berufsschulischen Angebots ist zudem eine stärkere interkommunale Abstimmung und Kooperation erforderlich, mit denen knappe Ressourcen effizienter genutzt, unnötige Konkurrenz sowie Angebotslücken vermieden werden können.

Kooperationen mit Hochschulen verstärken

Hochschulen spielen eine wichtige Rolle für Fachkräftesicherung und Innovationsfähigkeit. Sie sind zugleich Anziehungspunkt für junge Menschen und generieren direkte wirtschaftliche Effekte an ihrem Standort. Hochschulen gilt es daher stärker in den jeweiligen Kommunen zu vernetzen, um diese Vorteile noch intensiver

zu entfalten. So können durch Kooperationen zwischen Hochschulen und mit weiteren Bildungseinrichtungen starke lokale und regionale Bildungsnetzwerke entstehen, in denen Ressourcen optimal genutzt werden und die Institutionen gegenseitig vom Know-how der anderen profitieren. Eine starke Vernetzung mit der Wirtschaft vor Ort über kluge, niederschwellige Formate – gerade auch für kleine und mittelständische Unternehmen – stärkt den Innovationstransfer und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes.

7. Digitalisierung strategisch vorantreiben

Chancen der Digitalisierung vor Ort nutzen

Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und Arbeitswelt. Dabei gestaltet sich Digitalisierung gerade in der Wirtschaft sehr vielfältig: neue Geschäftsmodelle und die Gründung neuer Unternehmen, Veränderungen in den Produktions- und Wertschöpfungsprozessen etablierter Unternehmen, veränderte Anforderungen an Arbeitnehmer, aber auch neue Möglichkeiten bei der Arbeitsgestaltung und -organisation. Sicherlich ist heute noch nicht alles, was sich entwickeln wird, konkret absehbar. Klar ist aber, dass Digitalisierung grundsätzlich alle Wirtschaftsbereiche betrifft. Daher ist es auch für die Kommunen als Standort der Unternehmen wichtig, auf die Herausforderungen vorbereitet zu sein, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Chancen zu ergreifen.

Kommunale Digitalstrategien erarbeiten

Im Aufgabenbereich einer Kommune liegt hohes Digitalisierungspotenzial. Neben Verwaltungsdienstleistungen geht es auch um Fragen der Mobilität, Bildung, Gesundheit oder der Bürgerbeteiligung. Wir fordern alle Kreise, Städte und Gemeinden auf, in den nächsten fünf Jahren für jede Kommune eine umfängliche Digitalstrategie zu erarbeiten. Diese sollte sich mit den einzelnen Handlungsfeldern beschäftigen und die lokalspezifischen Voraussetzungen berücksichtigen. Sie sollte zudem klare Zielvorgaben beinhalten, die notwendig sind, um den digitalen Wandel aktiv zu gestalten und den Standort attraktiv zu halten. Ehrgeiziges Leitbild sollte die Entwicklung zur Smart City sein. Die Kommune von morgen besteht nicht mehr nur aus Glas und Beton, sondern ganz wesentlich auch aus Bits und Bytes. Gerade ländliche Regionen können sich hier weiterentwickeln und sich zu „Smart Regions“ zusammenschließen. Mit der Digitalisierung bekommt das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse einen neuen Antrieb.

Breitbandanschlüsse massiv ausbauen

Das Fundament für die Digitalisierung unserer Wirtschaft und die Entwicklung zur Industrie 4.0 ist eine sichere und flächendeckend verfügbare digitale Hochleistungsinfrastruktur. Aktuell mangelt es immer noch an leistungsfähigen Datenautostrassen – insbesondere bei Industrie- und Gewerbegebieten sowie im ländlichen Raum. Dies behindert die dort ansässigen Unternehmen, das Thema Digitalisierung weiter voran zu treiben. Erforderlich ist daher eine flächendeckende und sichere Breitbandversorgung mit dynamischen Ausbauzielen für Up- und Downloadkapazitäten, hoher Verbindungsstabilität und geringen Verzögerungszeiten. Da sich diese Lücke auf Grund der geringen Anzahl potentieller Anschlüsse nicht immer wettbewerblich schließen lässt, sind Fördermittel auf den Anschluss von Industrie- und Gewerbegebieten zu fokussieren. Dabei ist es eine zentrale Management-Aufgabe der Kommunen dafür zu sorgen, dass jetzt zumindest die vorhandenen EU- und Bundes-Fördermittel schnellstens abgerufen und eingesetzt werden. Beim Ausbau der Dateninfrastruktur müssen stets die Voraussetzungen für eine Gewährleistung der Datensicherheit geschaffen werden.

5G-Standard flächendeckend etablieren

Die Gigabitnetze sind das Rückgrat der digitalen Transformation. Gerade für den Industriestandort ist der neue Mobilfunkstandard von enormer Bedeutung, da wir bei Themen wie Industrie 4.0, autonome Mobilität oder dem Internet of Things auf eine schnelle Übertragung großer Datenmengen angewiesen sind. Nach der 5G-Frequenzversteigerung muss deshalb nun der zügige Ausbau erfolgen, um nicht den Anschluss an Vorreiternationen wie China oder Südkorea zu verlieren. Wichtig wird sein, dass der Ausbau flächendeckend in Deutschland erfolgt und möglichst wenig weiße Flecken auf der Karte zu sehen sind. Ein funktionierendes und flächendeckendes 5G-Netz bildet die Grundlage für unseren zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg und ist langfristig entscheidend für die Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit.

Zentrales Gigabit-Kataster einführen

Innerhalb einer Stadt oder Gemeinde gibt es je nach Lage unterschiedliche Versorgungsqualitäten mit schnellem Internet. Deshalb fordern wir die Einführung eines kommunalen Gigabit-Katasters, womit direkt festgestellt werden kann, wo es eine gute oder noch ausbaufähige Breitbandversorgung gibt. Für die Bürger und Unternehmen hätte das zur Folge, dass sie direkt Aufschluss darüber erhalten, ob die Versorgungssituation eines Grundstücks mit ihren spezifischen Anforderungen kompatibel ist.

E-Government und digitale Verwaltung flächendeckend verankern

Die Anstrengungen im Bereich des E-Government wurden in Nordrhein-Westfalen zuletzt deutlich erhöht. Dennoch werden in Deutschland die Möglichkeiten immer noch unzureichend genutzt. Hier müssen Land und Kommunen gemeinsam in den kommenden Jahren weiter massiv aufholen. Unternehmen muss es möglich sein, Formulare und Anträge unkompliziert digital einzureichen und auf Leistungen der Verwaltung via Internet zugreifen zu können. Die Kommunen müssen dafür einen überbehördlichen Portalverbund schaffen, der mit den Landesbehörden verknüpft ist, um behördliche Verpflichtungen online zentral regeln zu können. Die Verwaltungen müssen im Rahmen dieses Prozesses ausführlich über die neuen Möglichkeiten informieren und den Unternehmen einen umfassenden Überblick über die Chancen des E-Government geben. Auch ist die notwendige Vernetzung und Schulung der Verwaltungsangestellten erforderlich, damit die Verwaltung auch tatsächlich alle Möglichkeiten anbieten kann, die durch die neue Gesetzgebung geschaffen werden. Ein besonderes Augenmerk muss auf die Wahrung und Sicherung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gelegt werden. Daher müssen alle neu angelegten E-Government-Anwendungen die höchsten Sicherheitsanforderungen erfüllen.

8. Verkehr und Infrastruktur offensiv gestalten

Kommunale Infrastrukturinvestitionen ausbauen

Ein entscheidender Faktor für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Wachstumspotenzialen von Städten und Gemeinden ist eine funktionierende und gut ausgebaute kommunale Infrastruktur. Insbesondere im Bereich der Verkehrswege erleben wir in vielen Kommunen allerdings einen erheblichen Investitionsstau, der sich negativ auf deren Standortattraktivität auswirkt. Für Branchen wie den Einzelhandel und die Handelslogistik, die aufgrund von An- und Auslieferungen sowie der Kundenpräsenz von einem funktionierenden Verkehrsfluss abhängig sind, ist es wichtig, dass gerade auch die sogenannte „Letzte Meile“ gut ausgebaut ist. Angesichts eines in den nächsten Jahrzehnten weiterwachsenden Verkehrsflusses können wir es uns nicht leisten, den Status Quo nur zu verwalten. Vielmehr muss massiv in die kommunale Infrastruktur investiert werden.

Mit Smart Mobility neue Verkehrs- und Mobilitätslösungen schaffen

Zu einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur gehören in Zukunft in besonderem Maße Smart-Mobility-Lösungen und die Vernetzung von Fortbewegungsmitteln miteinander. Die Kommunen und ihre Verkehrsbetriebe müssen sich an diesem

Wandel aktiv beteiligen und die Verkehrsinfrastruktur sukzessiv modernisieren und smarter gestalten. Dazu kann eine intelligente Verkehrsführung gehören, die das Verkehrsaufkommen in Echtzeit analysiert, aber auch ein öffentlicher Personennahverkehr, der intelligent auf Beförderungsspitzen reagiert. Gerade in urbanen Räumen müssen Kommunen Smart Mobility weiter fördern und Schnittstellen zu digitalen Mobilitätsdiensten aufbauen, um eine reibungslose Fortbewegung zu ermöglichen und verstopfte Städte zu entlasten.

Regionale Vernetzung weiter verbessern

Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen müssen bei der regionalen Vernetzung Hand in Hand arbeiten und Konzepte erstellen, wie die Stadt-Land-Beziehung verkehrstechnisch optimiert werden kann. Insbesondere die ländlichen Räume müssen verkehrstechnisch besser erschlossen werden, um nicht aufgrund schlechter Erreichbarkeit abgehängt zu werden. Das in NRW starke Pendleraufkommen in Ballungszentren hinein und aus ihnen heraus führt häufig zu Staus. Mit einer intelligenten intermodalen Vernetzung kann erreicht werden, dass Verkehrsströme entflechtet werden. Notwendig sind dafür Verkehrsinfrastrukturoffensiven und regionale Mobilitätsplattformen, die auf ein kommunenübergreifendes Verkehrsmanagement setzen.

Öffentlichen Personennahverkehr erweitern und verdichten

Neben gut ausgebauten Straßen wird in Zukunft auch auf einen leistungsstarken öffentlichen Personennahverkehr in den Städten und Gemeinden ankommen. Hierdurch können die Belastungen der Verkehrswege verringert und Staus reduziert werden. Im Sinne einer intermodalen Vernetzung des Verkehrs ist es eine Kernaufgabe, die einzelnen Verkehrsarten besser miteinander zu verbinden und aufeinander abzustimmen. So sind im Umfeld von Bahnhöfen ausreichende Park & Ride-Möglichkeiten einzurichten, um Pendlern ein bequemes Umsteigen zum Zugverkehr zu ermöglichen. Des Weiteren muss der Linienbusverkehr in den Kommunen so angepasst werden, dass Pendler ihre Weiterfahrt mit dem Zug ohne längere Wartezeiten fortsetzen können. Die Verkehrsbetriebe müssen ihre Ticketsysteme harmonisieren und verbundübergreifende Tarife anbieten, bei denen Stadt- und Tarifgrenzen keine Rolle mehr spielen. Zu einer echten Verkehrswende gehört auch eine bessere Vernetzung von Arbeit und Wohnen. Dafür braucht es gute Anbindungen an die Industrie- und Gewerbegebiete und neue Schnellbuslinien, die die Menschen unkompliziert und pünktlich zu ihren Arbeitsplätzen fahren.

Mobilitätswende technologieoffen gestalten

Die Mobilitätswende in Deutschland führt dazu, dass zukünftig immer mehr Fahrzeuge mit alternativen Antrieben auf deutschen Straßen unterwegs sein werden.

Die Kommunen müssen auf diese Entwicklung reagieren und die notwendigen Infrastrukturen dafür schaffen und anpassen. Im Stadtgebiet braucht es eine gut ausgebauten Ladeinfrastruktur und E-Parkplätze, um die Elektrofahrzeuge aufzuladen. Ebenfalls werden Tankmöglichkeiten für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge benötigt. Wenngleich diese Aufgabe nicht primär bei den Kommunen, sondern bei privatwirtschaftlichen Akteuren liegt, so müssen bei der Stadtplanung auf diese Entwicklungen Rücksicht genommen und neue Kooperationen geschlossen werden. Damit innerstädtische Mobilität auch in Wohngebieten mit enger Bebauung garantiert bleibt, müssen neue Ladesäulenkonzepte entwickelt werden. Außerdem müssen Politik und Verwaltung zusammen mit den Stadtwerken praktikable Lösungen entwickeln, wie Elektromobilität als Zukunftstechnologie in der Stadt besser etabliert werden kann.

Innerstädtischen Parkraum erhalten

Die Erreichbarkeit der Innenstädte in Nordrhein-Westfalen hängt zu einem Großteil vom Individualverkehr ab. Gerade in innerstädtischen Bereichen braucht es deshalb Parkmöglichkeiten, um den Einzelhandel und die Gastronomie vor Ort zu fördern und Innenstädte zu beleben. Die Kommunen müssen schlüssige Parkraumkonzepte entwickeln, die auch in Kombination mit dem ÖPNV eine zuverlässige und bequeme Erreichbarkeit sicherstellen. Des Weiteren müssen ausreichend Ladezonen für den gewerblichen Lieferverkehr zur Verfügung stehen, um das Parken in zweiter Reihe zu verhindern und damit einen besseren Verkehrsfluss in den Innenstädten zu gewährleisten.

Radverkehr als Beitrag zur Verkehrsentslastung fördern

Gerade in den Städten bietet das Fahrrad noch nicht ausgeschöpfte Mobilitätspotenziale. Für Kurzstrecken kann durch eine konkrete Förderung des Radverkehrs der innerstädtische Verkehr entlastet werden. Die Städte und Gemeinden können hier mehr tun – durch den Bau, Ausbau und die Sanierung von Radwegen sowie durch Maßnahmen, die das Radfahren in der Stadt sicherer machen. Neben fahrradfreundlichen Ampelphasen braucht es auch mehr Fahrradstellplätze sowie für kleine Reparaturen Wartungsstationen an Bahnhöfen und Parkplätzen, damit das Fahrrad auf der letzten Meile zu einer echten Alternative wird.

Kommunale Brücken instandhalten und erneuern

Bei den kommunalen Brücken herrscht ein teilweise dramatischer Erneuerungs- und Ersatzbedarf, der sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft hat. Die Kommunen müssen zügig dafür sorgen, dass finanzielle Mittel abgerufen und die Brückenbauwerke saniert werden. Wichtig ist außerdem, dass der Verkehr bei Sanierungs- und Neubaumaßnahmen nicht zum Erliegen kommt. Vielmehr muss si-

chergestellt sein, dass in dem Übergangszeitraum verlässlich Alternativrouten bestehen. Die Kommunen sollten neue Stellen für Infrastrukturbeauftragte schaffen, um die regelmäßige Überwachung der Bauwerke gewährleisten zu können. Dann lassen sich viel leichter langfristige Lösungen erarbeiten, um die Bausubstanz zu erhalten oder zu ersetzen.

Güter- und Schwerlastverkehr bei Infrastrukturprojekten stärker mitdenken

Von zentraler Bedeutung für die Unternehmen in NRW ist eine moderne Verkehrsanbindung an die Weltmärkte. Das fängt in den Kommunen an. Sie müssen dafür Sorge tragen, dass kommunale Straßen der intensiven Nutzung durch den Güter- und Schwerlastverkehr standhalten. In einigen ländlichen Regionen droht der Zugang zu den Fernverkehrswegen verloren zu gehen, weil kommunale Verkehrswege nicht rechtzeitig gewartet wurden. Wir erwarten von Politik und Verwaltung, dass die Qualität der für die örtlichen Unternehmen relevanten Verkehrswege zukünftig besser überwacht und dokumentiert wird. Außerdem muss bei der Verkehrsplanung beachtet werden, dass der Güter- und Schwerlastverkehr nicht auf verkehrstechnische Hindernisse stößt wie etwa Verkehrsinseln oder Kreisverkehre. Insbesondere die Nutzung von Lang-LKW's sollte verkehrsplanerisch mitgedacht werden, da diese langfristig bei der Reduzierung von Verkehrsaufkommen und Emissionen helfen können. Um den von Schwerlasttransporten abhängigen Unternehmen ein funktionierendes Streckennetz bereitzustellen, müssen die Kommunen entlang der Hauptverkehrsadern vernetzte Monitoring und Advisory Systeme etablieren. So können die Verkehrsnetze in Echtzeit überwacht und schnell auf Veränderungen reagiert werden.

Die Verkehrsinfrastruktur muss Gefahrguttransporte ermöglichen

Die kommunalen Verkehrsinfrastrukturprojekte müssen so geplant, gebaut und saniert sein, dass auch der Transport von Gefahrgutstoffen möglich ist. Es ist nicht hinnehmbar, dass Gefahrguttransporte häufig weite Umwege fahren müssen, weil die Verkehrsinfrastruktur den Transport solcher Stoffe nicht zulässt. In diesem Zusammenhang müssen die Kommunen auch dafür sorgen, dass die Fahrwegbestimmungen für Gefahrguttransporte verbessert werden und das Negativnetz sukzessiv zu einem Positivnetz umgewandelt wird, um die Transportwege zu verkürzen. Des Weiteren müssen die Kommunen bei der Bearbeitung von Ausnahme genehmigungen für Gefahrguttransporte schneller und unbürokratischer werden.

In Sanierung der Kanalisation investieren

Ein Kernbereich der kommunalen Daseinsvorsorge ist die Abwasserentsorgung. Das hierfür benötigte Kanalnetz stellt ein großes Anlagevermögen der Kommunen dar, dessen Bestand und Funktionsfähigkeit dauerhaft zu erhalten sind. In vielen

Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben sich inzwischen durch die langen Nutzungszeiten erhebliche Sanierungs- und Erneuerungsbedarfe angestaut, die zu einem hohen Investitionsdefizit führen. Umso wichtiger sind groß angelegte Investitionsprogramme, um die Sanierungs- und Erneuerungsbedarfe aufzufangen. Hierbei sollten ausdrücklich Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) möglich sein, um Investitionsmaßnahmen in der Abwasserentsorgung möglichst wirtschaftlich zu gestalten.

Auf Rückkauf der Stromnetze verzichten

Mancherorts werden die „Rekommunalisierung“ oder der Rückkauf der Stromnetze durch die Kommunen gefordert. Das ist der falsche Weg. Denn der Betrieb von Energienetzen ist mit hohen Risiken für die kommunalen Haushalte behaftet. Zum einen stehen die hohen Investitionen für einen Rückkauf in keiner Relation zu den ungewissen Gewinnerwartungen. Zum anderen können veränderte politische Rahmenbedingungen, z.B. in der Systematik der Energiewende, zu neuen Ungewissheiten führen. Im Verlustfall leiden die Bürger doppelt: als Steuerzahler und als Kunde. Denn oftmals ist die Kostenbelastung für die Bürger bei einem kommunalen Anbieter höher als bei privaten Anbietern am Markt. Wir erwarten, dass sich die Kommunen zu einem fairen Wettbewerb als Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft bekennen und nicht durch staatliche Eingriffe das Tarifangebot einschränken.

9. Kultur- und Freizeitangebote standortfördernd ausbauen

Tourismus und Gastronomie stärken

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur Industrieland. Unser Land bietet eine Vielzahl von unterschiedlichen Landschaftsräumen, die zur Naherholung und als attraktives Urlaubsziel einladen. Daneben erfreuen sich zahlreiche nordrhein-westfälischen Großstädte mit ihren attraktiven kulturellen, architektonischen wie gastronomischen Angeboten sowie großen Musik- und Sportveranstaltungen großer Beliebtheit als Zielorte für Städtetrips. Die Kommunen können hier noch stärkere Eigenwerbung betreiben, um Touristen in die Region zu holen und so die lokale Wirtschaft wie Gaststätten, Hotels und den Einzelhandel anzukurbeln.

Außergastronomie erleichtern

Außergastronomie hat sich in den letzten Jahren zu einem „Ganzjahres-Phänomen“ entwickelt. Nicht mehr nur in den warmen Monaten zieht es die Menschen ins Freie und auf die Terrassen. In den meisten Städten und Gemeinden gehört deshalb die Außergastronomie zu einem lebendigen und bunten Stadtbild. Wirte

müssen jedoch gesetzliche Vorgaben beachten, die sich von Kommune zu Kommune unterscheiden können. Aus diesem Grund fordern wir eine Harmonisierung der gesetzlichen Vorgaben und deren Auslegung.

Attraktive Kultur- und Freizeitangebote bereitstellen

Zu einem attraktiven Standort gehören auch kulturelles Leben, soziale Angebote sowie Sport- und Freizeitmöglichkeiten. Angefangen bei familienfreundlichen Spielplätzen über gut ausgebaute Wanderwege und Fahrradrouten bis hin zu Bibliotheken, Musikschulen und Theatern müssen die Kommunen vielfältige Angebote für alle Bürger bereitstellen. So kann sozialer Zusammenhalt erleichtert, das gesellschaftliche Leben vor Ort gefördert und letztlich die Zukunftsfähigkeit von Gemeinden gesichert werden. Vor dem Hintergrund der vielerorts klammen Haushaltslage in den Kommunen müssen auch Bund und Land Förderprojekte auflegen, um lokale Kunst- und Kulturszenen zu unterstützen.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Zu einer lebendigen Bürgergesellschaft gehört unweigerlich auch ehrenamtliches Engagement vor Ort gepaart mit kommunalen Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten. Mit Zuschüssen bei der Jugendarbeit, dem Bau von Sportanlagen und Gerätehäusern sowie dem Bereitstellen städtischer Räumlichkeiten können Kommunen das Vereinsleben aktiv unterstützen. Jede Kommune braucht einen zentralen Ansprechpartner, der die Vereine unterstützt, Hilfestellungen gibt und sich dafür einsetzt, dass das Engagement weiter gefördert wird.

Städtepartnerschaften und Schüleraustausche intensivieren

Die europäische Identität wird durch ein gelebtes Miteinander über Ländergrenzen hinweg gestärkt. Internationale Städtepartnerschaften sowie Schüleraustausche sorgen für Begegnungen, kulturellen Austausch und Frieden. Die Kommunen sollten diese Aktivitäten weiter intensivieren, fördern und ausbauen, um die Völkerverständigung und das Projekt Europa nachhaltig zu stärken.

10. Umwelt und Wirtschaft in Einklang bringen

Umwelt und Wirtschaft nicht gegeneinander ausspielen

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft bekennt sich klar zum Ziel, die biologische Vielfalt zu schützen und zu fördern sowie die Natur im Sinne der Nachhaltigkeit zu erhalten. Eine gesunde Biodiversität ist eine wesentliche Grundlage wirtschaftlichen Handelns. Der Schutz der Umwelt ist dabei nicht nur gesamtgesellschaftli-

ches Ziel, sie liegt auch im ureigenen Interesse der Wirtschaft. Diese Verantwortung wird von vielen Unternehmen in unserem Land aktiv gelebt. Im besonderen Maße gilt dies für den vor Ort über Generationen verwurzelten Mittelstand. Mit ihren hocheffizienten Prozessen und Produkten gelingt es den Unternehmen, einen wesentlichen Beitrag zum globalen Klima- und Naturschutz zu leisten. Hierfür braucht die Wirtschaft wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Gerade auf kommunaler Ebene müssen wirtschafts- und umweltpolitische Ziele so weit wie möglich in Einklang gebracht und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein offener und sachlicher Dialog vor Ort ist hierbei die beste Voraussetzung für Lösungen, die sowohl den Umweltschutz als auch die Sicherung von Arbeitsplätzen bestmöglich gewährleisten.

Energiewende in der Fläche ermöglichen

Die Transformation des Energiesystems in Deutschland ist eine enorme Herausforderung. Ohne einen umfassenden Ausbau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten auch in Nordrhein-Westfalen werden die Ziele der Energiewende unerreicht bleiben. Die Potenziale zum Ausbau Erneuerbarer Energien müssen gehoben werden, um einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten zu können. Ein stabiles Versorgungssystem ist auch deshalb vonnöten, um Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen zu halten, die an anderer Stelle durch die vorgesehene Abschaltung von Kohlekraftwerken verloren zu gehen droht. Gleiches gilt für den dringend erforderlichen Ausbau von Stromnetzen, den Bau von Pipelines oder die Realisierung von Speichern und Power-to-X-Anlagen. Hierbei sind die Kommunen ein entscheidender Faktor. In der Bauplanung, bei Genehmigungs- und Prüfverfahren, bei der Gestaltung der Entscheidungsprozesse vor Ort und der Schaffung von Akzeptanz für die anstehenden systemischen Veränderungen wird es nicht ohne ein positives Mitwirken der kommunalen Ebene gehen. Um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können, braucht sie dabei eine angemessene Unterstützung aus den Behörden des Landes – personell und fachlich.

Auf nachhaltige Maßnahmen zur Luftreinhaltung setzen

Die Kommunen insbesondere in den Ballungsräumen stehen vor der großen Herausforderung, Konzepte zu entwickeln, um Schadstoffgrenzwerte entlang vielbefahrener Verkehrsachsen einzuhalten. Die Lösung kann dabei jedoch nicht in Verboten oder einseitigen Restriktionen gegen den Straßenverkehr liegen. Vielmehr braucht es für eine erfolgreiche Verkehrswende massive Anstrengungen für einen leistungsfähigen, zuverlässigen und komfortablen Öffentlichen Nahverkehr. Angesichts des immensen Investitionsbedarfs müssen Bund und Land die Kommunen hier stärker unterstützen. Dabei gilt es insbesondere die Schnittstellen zwischen individueller Mobilität und ÖPNV etwa durch den massiven Ausbau von Park &

Ride-Angeboten zu investieren. Fahrverbote sollten hingegen mit Blick auf die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen unter allen Umständen verhindert werden. Gerade in den Fuhrparks von Unternehmen sind Diesel-Fahrzeuge weit verbreitet. Fahrverbote würden damit besonders kleinere Unternehmen wie Handwerksbetriebe treffen, die viele innerstädtische Aufträge ausführen. Wo Fahrverbote nicht verhindert werden können, müssen Ausnahme- und Übergangsregelungen dafür sorgen, dass diese Fahrzeuge nicht von heute auf morgen aus den Versorgungsprozessen von Industrie, Handel und Bevölkerung entzogen werden.

Kommunale Altpapiersammlung

Die Altpapierqualität ist von großer Bedeutung für die Recyclierbarkeit von Papierfasern und damit letztlich für das Gelingen einer möglichst geschlossenen Kreislaufwirtschaft. Die Papierindustrie sollte deshalb bei der Festlegung von Sammelsystemen einbezogen werden. Es sollte eine koordinierende Abstimmung der Altpapiererfassung auf regionaler Ebene zwischen Kommunen, Entsorgern und dem jeweiligen Altpapier einsetzenden Unternehmen der Papierindustrie stattfinden. Bei der Sammlung von Abfällen muss eine Getrennterfassung der Altpapiermengen erfolgen. Die gesammelten Mengen haben den normierten Qualitätsanforderungen zu entsprechen.

Impressum

Herausgeber:
unternehmer nrw
Landesvereinigung der Unternehmensverbände
Nordhein-Westfalen e. V.

Kontakt:
unternehmer nrw
Landesvereinigung der Unternehmensverbände
Nordhein-Westfalen e. V.
Uerdinger Straße 58-62
40474 Düsseldorf

Postfach 30 06 43
40406 Düsseldorf

Telefon: 0211 4573-0
Telefax: 0211 4573-179
E-Mail: info@unternehmer.nrw

Düsseldorf, Juni 2020

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen ist die Spitzenorganisation der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände des größten Bundeslands in Deutschland. Sie vertritt die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen sowie die bildungspolitischen Anliegen von 129 Mitgliedsverbänden mit 80.000 Mitgliedsbetrieben und 3 Millionen Beschäftigten.

Diskutieren Sie mit
wirtschaftsblog.nrw

KLARTEXT IM WESTEN

Der NRW-Wirtschaftsblog

Besuchen Sie unternehmer nrw



facebook.com/unternehmernrw



twitter.com/unternehmer_nrw

unternehmer nrw